

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen***Bremisches Studienkontengesetz außer Kraft setzen und neue Wege in der Hochschulfinanzierung gehen***

Als die große Koalition im Oktober 2005 das Bremische Studienkontengesetz mit der so genannten Landeskinderregelung beschloss, war ein Scheitern bereits vorprogrammiert. Das Bremer Verwaltungsgericht hat in seinem Beschluss vom 16. August 2006 die von den Grünen, dem Senator für Justiz und Verfassung, dem Innensenator und den Hochschulen geäußerten Bedenken gegen eine gebührenrechtliche Ungleichbehandlung der Studierenden nun bestätigt. Die Richter berufen sich in der Begründung, wie auch schon das Hamburger Oberverwaltungsgericht am 21. November 2005, auf den Gleichheitsgrundsatz des Artikels 3 Abs. 1 GG. Damit hat sich das Bremische Studienkontengesetz als untaugliches Instrument erwiesen, Gebührenfreiheit für Landeskinder mit einer Verbesserung der Einnahmesituation für Bremen zu verbinden.

Hochschulbildung und Hochschulfinanzierung bleibt eine gesamtstaatliche Herausforderung, mit der einzelne Bundesländer nicht allein gelassen werden dürfen. Deutschland hat im OECD-Vergleich eine deutlich unterdurchschnittliche Studienanfänger- und Abschlussquote. Um mehr Studienplätze und mehr finanzielle Gerechtigkeit auch für finanzschwächere Bundesländer zu schaffen, müssen sich Bund und Länder auf ein Ausgleichsmodell verständigen, das die unterschiedlichen Ausbildungsleistungen der Bundesländer angemessen berücksichtigt. Das Bundesland Bremen soll sich an diesem Prozess aktiv beteiligen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen,

- das Bremische Studienkontengesetz vom 13. Mai 2005 außer Kraft zu setzen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

- sich bei der Bundesregierung, im Bundesrat und in der Kultusministerkonferenz für ein Ausgleichsmodell zur Studienplatzfinanzierung einzusetzen. Dieses Ausgleichsmodell muss die Ausbildungsleistungen der einzelnen Bundesländer angemessen berücksichtigen,
- sich bei der Entwicklung eines Ausgleichsmodells aktiv zu beteiligen.

Silvia Schön,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen